



NIEDERSCHRIFT

über die 29. Sitzung des Ortsbeirates Godramstein

der Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 22.08.2018,

im Ortsvorsteherbüro Godramstein, Sitzungssaal,

Godramsteiner Hauptstraße 96

Beginn: 19:00

Ende: 20:29



Anwesenheitsliste

CDU

Miriam Christmann

Frank Doll

Klaus Nohr

Yvette Pagel

Bettina Heck

SPD

Bianca Rebholz

Hans-Peter Baur

Peter Kern

Gabriele Schilling

Bündnis 90/Die Grünen

Frank Ohler

Renate Steigner-Brecht

FWG

Marcel Barbey

Hans Volkhardt

Vorsitzender

Michael Schreiner

Schriftführerin

Silvia Hoffmann



Gast

Cyrus Bakhtari

Entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Ortsvorstehers
3. Prioritätenliste 2019
4. Resolution des Stadtrates zum Ausbau der B 10
Vorlage: 100/257/2018
5. Informationen und Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren drei Anwohner anwesend.
Der Vorsitzende begrüßte diese zur 29.Ortsbeiratssitzung.
Die Anwohner hatten keine Fragen.
Damit schloss der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Ortsvorstehers

Der Vorsitzende informierte über folgende Themen:

Anordnungen von Verkehrsbeschränkungen innerhalb der Ortsgemeinde

Eine halbseitige Sperrung des Verkehrs erfolgte im Sülzlochweg vom 25.06.2018 bis 06.07.2018. Die Sperrung erfolgte wegen eines Gas- und Stromanschlusses.

In dem Zeitraum vom 18.07.2018 bis 20.07.2018 erfolgte die Sperrung des Fußgängerverkehrs im Gehwegbereich wegen einer Notaufgrabung mit Abzweigertausch.

Eine halbseitige Sperrung des Fußgängerverkehrs im Gehwegbereich erfolgte in der Plöckgasse vom 09.07.2018-10.07.2018. Die Verkehrsbeschränkung erfolgte wegen einer Notaufgrabung mit Abzweigertausch.

Eine Ausnahmegenehmigung innerhalb der Frankweilerstraße im Bereich der Steingasse erfolgte wegen einer Aufstellung eines Gerüsts. Die Dauer dieser Maßnahme erfolgte vom 03.08.2018-24.08.2018.

Eine halbseitige Sperrung des Verkehrs erfolgte an den Ostergärten vom 21.08.2018-03.09.2018. Die Sperrung erfolgte wegen eines Wasserrohrbruches.

Eine weitere Verkehrsbeschränkung mit halbseitiger Sperrung des Verkehrs in der Bahnhofstraße und Sperrung des Gehweges erfolgte wegen eines Wasserrohrbruches vom 21.08.2018-03.09.2018.

Weiterhin informierte der Vorsitzende kurz über die Wasserrohrbrüche, die alle Haushalte betroffen hatten. Über die Presse wurde dies leider nicht korrekt wiedergegeben.

Die letzten zehn Haushalte in der Bahnhofstraße, die einen anderen Wasseranschluss hatten, waren bis auf weiteres weiterhin ohne Wasserverbindung. Die Notversorgung erfolgte schneller über die Queich, als das Wasserreservoir aufgefüllt werden konnte. Hierfür musste extra eine Spezialfirma anrücken. Für deren Einsatzbereitschaft und Hochdruck der Wiederherstellung, bedankte sich der Vorsitzende nochmal herzlich.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Prioritätenliste 2019

Der Vorsitzende stellte die Zusammenfassung der Vorschläge der Ortsbeiratsfraktionen Godramstein zur Prioritätenliste 2019 nochmal vor.

1. Beleuchtung

- a) An der Lehmgrube/unterhalb des Spielplatzes.
- b) Beleuchtung im Kapellenweg.
- c) Verbesserung der Beleuchtung
 - c.1) Godramsteiner Hauptstraße 105 entlang der Böchinger Straße.
 - c.2) Einmündung in die Frankweiler Straße und Krämergasse.
 - c.3) Hauptstraße nahe Steingasse.

2. Ausbau

- a) Ausbau des Parkplatzes am Feuerwehrhaus/Sportplatz.
- b) In die Planung des Ausbaus sind mind. drei Wohnmobilstellplätze zu integrieren und Trockenlegung durch entsprechende Drainagen ohne Versiegelung. Ausbau habe oberste Priorität.

3. Spielplatz

- a) Neugestaltung des Spielplatzes mit attraktiven und neuen Spielplatzgeräten.
- b) Fordern ein Konzept in Zusammenarbeit mit allen Godramsteiner Vereinen zum Wohle der Kinder mit Unterstützung der Hopp Stiftung.

4. Dorfgemeinschaftshaus

- a) 3x Stellpinnwände für Veranstaltungen der Ortsgemeinde.
- b) Verbesserung der technischen Anlagen (Musikanlage/Akustik)
- c) Befestigung an der Nordseite des Dorfgemeinschaftshauses.

5. Plätze und Straßen

- a) Bei Neubepflanzung der Hermann-Jürgens- Straße, Bäume auf die Südseite gepflanzt werden um Beschattung der Straße zu erfüllen.

6. Geschwindigkeitsbegrenzungen

- a) Tempo 30 im gesamten Dorf im Hinblick des bevorstehenden Ausbaus der B10.

Anschließend bemerkte der Vorsitzende zu Punkt 1 an, dass die Beleuchtungsstandorte nicht noch einmal neu benannt werden müssten, da die Verbesserung der Beleuchtung schon in der Bearbeitung sei. Anbei stellte der Vorsitzende noch hervor, dass bei einer Erhöhung der Wiederkehrenden Beiträge von fünf Euro anzuheben, um die gesamte Beleuchtung umzusetzen. Da bislang ein niedriger Wiederkehrender Beitragssatz, wie in den anderen Stadtgemeinden vorhanden wäre, würde diese leichte Beitragsanhebung vertretbar sein. So können nachträglich die noch vorhandenen



Dunkelfelder zusätzlich mit Beleuchtungen ergänzt werden. Die Unterpunkte C1-C3 werden im Zuge der Umstrukturierung bereits miteingeplant werden.

Zu Prioritätenlisten Punkt zwei merkte der Vorsitzende an, dass dies bei der im vergangenen Jahr beschlossenen Prioritätenliste bereits mitaufgenommen wurde. Hierbei wurden die Kosten der Befestigung in Höhe von 450.000 Euro veranschlagt. In diesem Zuge, würde sich anbieten die drei Wohnmobilstellplätze für die Prioritätenliste 2019 mitaufzunehmen.

Frau Steigner-Brecht erkundigte sich, wie genau die Befestigung aussehe.

Der Vorsitzende erklärte, das die Befestigung des Parkplatzes über eine teils Pflasterung mit Drainagen sowie ein Teil einer Asphaltierung angedacht sei.

Frau Steigner-Brecht sprach sich gegen eine Asphaltierung aus. Diese sehe sie als nicht sinnvoll an. Bei einer Drainage fließe das Wasser ab, bei einer Asphaltierung, wäre der Wasserabfluss nicht so garantiert wie bei einer Drainage. Und erkundigte sich, ob eine Asphaltierung der Oberfläche unbedingt sein müsste.

Der Vorsitzende erklärte, das nicht zwingend eine Oberflächen Asphaltierung vorgenommen werden müsse, weitere Planungen diesbezüglich werden alle Möglichkeiten miteinbeziehen. Die Planungen seien aktuell noch nicht abgeschlossen.

Anschließend beschloss einstimmig das Gremium, dass der Ausbau des Parkplatzes am Feuerwehrhaus/Sportplatz mit Integration eines Wohnmobilstellplatzes in die Prioritätenliste 2019 mitaufgenommen werde.

Weiterhin wies der Vorsitzende daraufhin, dass im Hinblick der Beleuchtung des Radweges durch Solarleuchten die Beständigkeit der Wiederaufnahme in die Prioritätenlisten von mindestens zehn Jahren zum Erfolg und Durchsetzung der Beleuchtung geführt habe.

Auch sprach sich der Vorsitzende für die Aufnahme der Spielplatzumgestaltung aus, damit dieser attraktiver werden kann.

Herr Volkhardt bemerkte hierzu, die alte Reifenschaukelanlage wäre in keinem Falle mehr akzeptabel.

Der Vorsitzende bestätigte Herrn Volkhardts Aussage. Im Bereich der Reifenschaukelanlage müsse es in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt eine sicherere Variante geben.

Die geforderte Zusammenarbeit mit der Hopp-Stiftung in Hinblick der großen Hopp-Spielanlage in der Nähe von Godramstein, sehe der Vorsitzende als eher nicht zielführend an. Die schon damaligen Überlegungen einer Hopp Spielanlage seien wegen den Unterhaltungskosten, die komplett von der Stadt getragen werden müssten, von dem damaligen Oberbürgermeister Schlimmer abgewogen worden.

Daher sehe der Vorsitzende eine Neugestaltung des Spielplatzes mit attraktiveren und neuen Spielgeräten nach wie vor als dringlich an, würde aber die Zusammenarbeit auf den Hintergrund der anfallenden Unterhaltungskosten mit der Hopp-Stiftung nicht miteinbeziehen.



Der Ortsbeirat beschloss einstimmig, die Neugestaltung des Spielplatzes mit attraktiveren Spielplatzgeräten zur Prioritätenliste 2019 mitaufzunehmen.

Der Vorsitzende ging zu Punkt vier über, dem Dorfgemeinschaftshaus. Hier stellte er die Dringlichkeit bei Veranstaltungen der Ortsgemeinde hervor. Bei dem Projekt des Finklerhofs „Mehr Mitte Bitte“ musste das Finanzministerium vier bis fünf Stellwände in Höhe von 4.500 Euro als Leihgebühr stellen.

Herr Volkhardt erkundigte sich, ob dies nicht bei den laufenden Haushaltsplanungen zugehörig sei.

Der Vorsitzende erläuterte kurz, dass bei dieser Art von Anschaffung die Liegenschaftsabteilung dies einstellt, wobei diese zuvor einer eingehenden Prioritätenlisten Maßnahme vorliegen muss.

Weiterhin bemerkte der Vorsitzende die anhaltende Musikanlagen Problematik im Dorfgemeinschaftshaus an. Hierzu liege bislang immer noch keine Statistik vor. Die Technikanlage wurde bereits überholt und überprüft. Diese könne nicht besser wie der aktuelle Stand nachweislich verbessert werden. Die Herausforderung selbst liege in den Räumlichkeiten. Und um hier eine Verbesserung der Akustik herstellen zu können, müssten die kompletten Räumlichkeiten modernisiert werden. Da es sich hierbei aber um eine normale Mehrzweckhalle, wie im Dorfgemeinschaftshaus dies gegeben ist handelt, wäre die Akustik messbar noch immer in einem normalen „Level Bereich“. Um eine deutliche Verbesserung herstellen zu können, müsste in dem Bereich der Decke eine Akustikdecke eingebaut werden.

Herr Nohr erkundigte sich, mit welchem Aufschlag X zu rechnen wäre, damit das Dorfgemeinschaftshaus noch attraktiver gestaltet werden könne, umso kostendeckend die ergreifenden Maßnahmen finanzierbar gestalten zu können.

Der Vorsitzende versprach Klärung in dieser Sache.

Dies müsse vom Gebäudemanagement überprüft und berechnet werden, inwieweit eine Erhöhung sein müsste, damit die Maßnahme einer weiteren Dämmung finanzierbar umsetzbar wäre.

Weiterhin bemerkte hierzu der Vorsitzende an, dass die zugesagte und bereits geplante Renovierung im obersten Stock des Dorfgemeinschaftshaus im Jahre 2000 bis heute nicht durchgeführt wurde, die zur Verbesserung des Feuerschutzes dienen sollte.

Im Bereich der Befestigung der Nordseite des Dorfgemeinschaftshauses merkte der Vorsitzende an, dass der Splitt Weg hier befestigt werden soll. Und mit einer Investition von 28.000 Euro auszugehen wäre. Wenn die Hälfte hierzu aus dem Budget II entnommen werden könnten, würde die Stadt die andere Hälfte mitfinanzieren.

Der Ortsbeirat beschloss mehrheitlich, alle drei Punkte des Dorfgemeinschaftshauses mit in die Prioritätenliste mitaufzunehmen.

Der Vorsitzende ging zu Vorschlagspunkt fünf, Plätze und Straßen, über. Und bemerkte zu dem geforderten Punkt der Neubepflanzung der Hermann-Jürgens-Straße hinzu, dass die bislang vorhanden Hell und Dunkelfelder bei Dämmerungsphasen Kinder leicht übersehen werden können. Und daher der geführte Bereich deswegen nördlich umgesetzt wurde.



Herr Kern äußerte dem Vorsitzenden entgegen, dass bei Umweltforscher eine Erhitzung der Asphaltdecke gemindert werden könne, wenn die Bepflanzung entlang der Südseite umgesetzt werde.

Der Vorsitzende stellte die Frage, ob eine Aufnahme hierzu auf die Prioritätenliste als sinnvoll zu betrachten wäre.

Der Ortsbeirat stimmte mehrheitlich gegen eine Aufnahme der Neubepflanzung in der Hermann-Jürgens-Straße in die Prioritätenliste 2019.

Der Vorsitzende ging zu Vorschlagspunkt sechs, Geschwindigkeitsbegrenzungen, über. Dieser merkte dazu an, dass im Rückblick der vergangenen B10-Sperrung und Umleitung des Verkehrs katastrophal aussahen und für die Betroffenen Bürger unerträglich war. Sehr viele Lastkraftwagenfahrer wurden nicht kontrolliert und hielten sich auch nicht an das Fahrverbot und die für sie ausgewiesene Umleitungsstrecke. Die Tempo 30 im gesamten Dorf umzusetzen, wurde schon oft in vergangenen Ortsbeiratssitzungen thematisiert. Nach Aussage des LBM unterliege bei Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Km/h dies nur bestimmten Streckenbereiche, bei denen eine Geschwindigkeitsbegrenzung umsetzbar sei. Wie zum Beispiel anliegend an Schulen.

Herr Nohr erkundigte sich, inwiefern die Geschwindigkeitsbegrenzung in die Prioritätenliste mitaufgenommen werden müssen, da dies nach seiner Meinung haushaltsrelevant wäre.

Der Ortsbeirat stimmte mehrheitlich gegen die Aufnahme der Geschwindigkeitsbegrenzung in die Prioritätenliste 2019.

Der Vorsitzende erläuterte nochmalige alle Beschlüsse des Ortsbeirates, die zur Prioritätenliste 2019 mitaufgenommen wurden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Resolution des Stadtrates zum Ausbau der B 10

Der Stadtrat der Stadt Landau hat sich erstmals in einer Resolution vom 26. Juni 2001 gegen den vierspurigen Ausbau der B10 ausgesprochen. Nach dem Scheitern eines Mediationsverfahrens hat er sich am 16. April 2013 mit einer Resolution an das Land Rheinland-Pfalz gewandt und die Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses über einen Teilausbau des Streckenabschnittes RQ 26 zwischen Landau Nord und Godramstein sowie

- die Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs und ein Transitverbot für den Schwerlastverkehr auf der B10
- den Aufbau einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsstation zwischen Landau-Nord und Godramstein
- einen über die gesetzlichen Vorgaben erhöhten Lärmschutz
- und eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs mit einzelnen näher aufgeführten Maßnahmen

gefordert.

In einer Resolution vom 10. März 2015 hat der Stadtrat der Stadt Landau das Land Rheinland-Pfalz erneut zu

- einer Realisierung einer LKW-Transitsperrung auf der B10 für den Abschnitt Pirmasens – Landau
- der Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs über das bestehende Autobahnnetz
- und einer konsequenten Überwachung des LKW-Transitverkehrs

aufgefordert.

Diesen Forderungen ist das Land Rheinland-Pfalz bisher nicht nachgekommen.

In der Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau am 6. Februar 2018 hat ein Vertreter des Landesbetriebes Mobilität Speyer die Ausbauplanung, den Lärmschutz, und den Bauablauf des geplanten vierspurigen Ausbaus des Streckenausbau Landau-Nord – Landau Godramstein mit einer Gesamtlänge von 4,1 km dargestellt: Die Kosten für den Ausbau dieses kurzen Abschnittes mit 7 Brückenbauwerken werden auf 40 Millionen Euro beziffert. Im Rahmen der ersten Mediation 2004/2005 war noch von Baukosten in Höhe von 20 Millionen Euro die Rede. Allerdings ist bei dieser aktuellen Ausbauplanung kein über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehender Lärmschutz für unser Landauer Wohngebiet Schützenhof und unseren Stadtteil Godramstein vorgesehen, obwohl dies in der Vergangenheit stets Gegenstand der Forderungen und der Gespräche mit dem Land war.

Der Ortsbeirat Queichhambach hat die B10-Anrainerkommunen um die Unterstützung seines Positionspapiers „Wenn schon B10-Ausbau, dann Tunnel zuerst“ vom Februar 2017 gebeten. Er weist in diesem Papier zutreffend daraufhin, dass eine Realisierung des vierspurigen Ausbaus von Teilabschnitten ohne vorherige planerischen und finanzielle Klärung eines Ausbaus des Abschnitts Rinthal – Annweiler Ost den Anrainerkommunen lediglich Belastungen durch die bereits beginnenden Bauarbeiten, Flächenverlust und wirtschaftliche Nachteile bringt, ohne die prognostizierten Vorteile einer durchgängig vierspurigen Bundesstraße in absehbarer Zeit zu erhalten.



Der durchgängige Ausbau der B10 im Autobahn-Modus (Streckenquerschnitt RQ 26), in Verbindung mit einem Basistunnel bei der Stadt Annweiler, dürfte laut BUND Kosten verursachen, die am Ende an die Milliarden Grenze herankommen. Der Umweltverband hat sich daher an den Bundesrechnungshof gewandt und deutlich gemacht, dass diese enormen Gesamtkosten angesichts eines geringfügigen wirtschaftlichen Nutzens und der großen Beeinträchtigungen für die Anrainerkommunen sowie des Biosphärenreservats Naturpark Pfälzer Wald nicht verantwortbar sind.

All dies veranlasst den Stadtrat der Stadt Landau vor dem Beginn des B10-Ausbaus im Stadtgebiet von Landau sich erneut an die Bundesregierung, die Landesregierung, die Mitglieder des Bundestages, die Mitglieder des Landtages, den Bundesrechnungshof und das MAB-Nationalkomitee zu wenden und seine Forderungen der vergangenen Erklärungen zu erneuern.

Zudem vertritt die Stadt Landau die Auffassung, dass der Teilausbau der B10 zwischen Landau-Nord und Landau-Godramstein ausgesetzt werden soll, bis geklärt ist, ob und wann ein Ausbau der B10 im Abschnitt Rinntal – Annweiler realistisch ist.

Gerade die jüngst durch Sanierungsmaßnahmen im B10-Abschnitt Landau – Birkweiler ausgelösten Verkehrsprobleme in und um unsere Stadt haben verdeutlicht, dass ein weiterer Ausbau der B10 ohne ganzheitliches Konzept für die Region nicht vertretbar ist.

Der Vorsitzende erläuterte kurz nochmal den Resolutionsantrag des Stadtrates. Der Resolutionsantrag sei auf Wunsch des Oberbürgermeisters gestellt worden.

Der Vorsitzende erkundigte sich nach der allgemeinen Haltung der Ortsbeiratsmitglieder zu dem Resolutionsantrag. Und wenn diese dem Antrag zustimmen würden, welche Ergänzungen im Inhalt gewünscht seien.

Herr Volkhardt stellte klar, dass die Freie Wählergruppe sich deutlich für einen Ausbau ausspreche. Der Tunnelausbau in Annweiler müsse jedoch zuerst avisiert werden und ein optimaler Lärmschutz sei hierbei auch nicht zu vernachlässigen. Auch fordere die Fraktion eine Umleitung des Transitverkehrs während der Umbauphase. Die Fraktion stimme der Resolution in der Form nicht zu.

Herr Ohler sprach sich im Namen der Bündnis 90/Die Grünen klar gegen einen Ausbau der Bundesstraße 10 aus. Diese sehen keinerlei Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger, sondern mehr Feinstaubbelastung und Lärm durch den mehr aufkommenden Verkehr. Auch sehe die Fraktion einen erhöhten Unfallschwerpunkt im Bereich eines vier spurigen Streckenausbaus.

Frau Steigner-Brecht ergänzte Herr Ohlers Aussage, dass die Fraktion sich zusätzlich nach einem ganztägigen Transitverkehr Verbot aussprechen würde. Und forderte zuerst ein Gutachten, welches die wirtschaftlichen Vorteile klar verdeutliche für einen Ausbau. Die Fraktion Bündnis 90 der Grünen stimme der Resolution nicht zu und fordert eine Ergänzung mit Transitverbot innerhalb des Resolutionspapiers.

Der Vorsitzende verwies darauf, dass bereits ein Transitverbot im Resolutionspapier enthalten sei mit der Umleitung des Transitverkehrs.

Frau Steigner-Brecht sprach sich nach wie vor grundlegend gegen das Resolutionspapier aus.



Der Vorsitzende wies daraufhin, dass für den ersten Teil des Bauabschnittes eine Planfeststellung vorliegen müsse um weitere Nachbesserung umsetzbar machen zu können.

Herr Nohr sprach sich für die Ergänzung innerhalb des Resolutionspapiers mit einer Anbringung einer Mautstelle aus. Durch die Anbringung einer Mautstelle würde sich der Transitverkehr deutlich regulieren.

Der Vorsitzende bestätigte Herr Nohrs Aussage und die damit verbundenen Vorteile durch eine Mautstelle entlang der Bundesstraße 10 zwischen Birkweiler und Godramstein.

Frau Steigner-Brecht stellte nochmals die Kernforderung hervor, dass ein Tunnelausbau zuerst umgesetzt werden müsse und kein Ausbau befürwortet werde.

Herr Baur habe sich lange Gedanken über die Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemacht. Die Entwicklung innerhalb Rheinland-Pfalz und der Stadt Landau sollte nicht aufgehalten werden und in seiner Wichtigkeit nicht zu bremsen.

Der Vorsitzende griff nach reger Diskussion ein.

Der Ortsbeirat stimmte mehrheitlich mit 10 Ja,- 3 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung dem Resolutionsantrag zu, mit Ergänzung einer geforderten Mautstellen Anbringung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Landau erneuert seine ablehnende Haltung zum vierspurigen Ausbau der B 10 und verabschiedet dazu folgende Resolution:

Der Stadtrat fordert

- die Rücknahme des entsprechenden Planfeststellungsbeschlusses, der von einem Ausbau im Straßenquerschnitt RQ 26 ausgeht;
- die Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs über das bestehende Autobahnnetz und ein Transitverbot für den Schwerlastverkehr auf der B 10;
- eine konsequente Überwachung des LkW-Transitverkehrs
- den Aufbau einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsstation zwischen Landau-Nord und Godramstein;
- einen über die gesetzlichen Vorgaben erhöhten Lärmschutz;
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV);
- Eine Aussetzung des Teilausbaus der B 10 zwischen Landau-Nord und Landau-Godramstein bis geklärt ist, ob und wann ein Ausbau der B 10 im Abschnitt Rinthal – Annweiler realistisch ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Informationen und Verschiedenes

Der Vorsitzende sprach sich rückblickend auf die Weinkerwe 2018 in Godramstein durchgehend positiv aus und verwies auch auf die vielen freiwilligen Helfer und Helferinnen und Wir für Godramstein e.V. aus die wieder einmal zu einer tollen Weinkerwe beigetragen hatten. Die diesjährige Weinkerwe war auch wieder eine großartige Eröffnung und Freude für jeden einzelnen Bürger und Bürgerinnen von Godramstein.

Der Vorsitzende informierte über folgende Veranstaltungen:

- Registrierungsaktion DKMS für Alex und Andere: Samstag, den 01. September 2018 von 13.00 – 18.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus.

Der Vorsitzende verwies auf die bevorstehende DKMS-Knochenmarkspende für einen Leukämie erkrankten Bürger aus Godramstein und das noch Hilfe durch die einzelnen Ortsbeiratsmitglieder wünschenswert wäre.

Sonderabfallsammlung für Haushaltungen, am Mittwoch, den 12. September 2018 von 11.00 – 12.00 Uhr, am Sportplatz in Godramstein.

Nächste Ortsbeiratssitzung laut Plan, voraussichtlich am Mittwoch, den 19. September 2018 um 19.00 Uhr im Sitzungssaal der Ortsverwaltung.

Weiterhin informierte er über die aktuellen Spendeneingänge für die Gedenktafel und dem letzten Wille von Frau Kienzler bei Ihrer Eingemeindung Spenden zugunsten der Gedenktafel zu erbringen.

Die Gedenktafel soll bis zum Volkstrauertag fertig gestellt sein und am Sonntag, den 18. November 2018 am Kriegerdenkmal feierlich enthüllt werden.

Herr Ohler wurde von Bürger angesprochen bezüglich der Einbahnstraßenregelung innerhalb der Plöckgasse und das diese dadurch auf die Hauptstraße ausweichen müssten, um diese zu umfahren. Diese erkundigten sich, ob es nicht eine Möglichkeit gebe diese auf ein halbes Jahr Probe frei durchfahren zu lassen und anschließend eine Aufhebung zu veranlassen.

Der Vorsitzende informierte, dass über die Einbahnstraßenregelung innerhalb der Plöckgasse, die laut Gesetz grundlegend zu schmal wäre für eine schon oftmals eingeforderte Aufhebung der Einbahnstraßenregelung. Nach letzten Informationen durch das Ordnungsamt und der Polizei könne dies aus Verkehrsrechtlichkeit nicht aufgelöst werden. Die betroffenen Bürger, die innerhalb der Straße leben, seien auch sehr dankbar und seien mit der Verkehrsführung durchgehend zufrieden.

Frau Steigner-Brecht erkundigte sich, wie breit die Straße sein müsse um eine Einbahnstraßenregelung aufheben zu können.

Der Vorsitzende versprach genau Abklärung in der Sache und anschließende schriftliche Mitteilung, die allen Fraktionsmitglieder zugestellt werde.

Herr Baur erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Baumbestattung für den Friedhof in Godramstein.



Der Vorsitzende informierte, dass im Haushaltjahr 2018 die Baumbestattung mit 80.000 Euro innerhalb der Planung zugesichert wurde und 2019 erst die Umsetzung erfolgen werde. Dass die Umsetzung erst im nächsten Haushaltjahr umgesetzt werde, sei seiner Meinung sehr schade und nicht tragbar. Die Haushaltsplanungen sollten auch in dem Jahr umgesetzt werden in denen diese genehmigt und geplant seien.



Die Niederschrift über die 29. Sitzung des Ortsbeirates Godramstein der Stadt Landau in der Pfalz am 22.08.2018 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 19.

Vorsitzender

Michael Schreiner

Silvia Hoffmann
Schriftführer